



Nr. 337 | 19.11.2024

Polen-Analysen

Politische Eliten in Polen – 1989–2020

■ ANALYSE	
Wandel in den politischen Eliten Polens 1989–2020 – Bedarf für eine Vierte Republik?	2
Mareike zum Felde, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	
■ STATISTIK	
Politische Eliten in Polen und ausgewählten Ländern: soziodemographische Daten	7
<hr/>	
■ CHRONIK	
5. November – 18. November 2024	12

Wandel in den politischen Eliten Polens 1989–2020 – Bedarf für eine Vierte Republik?

Mareike zum Felde, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

DOI: 10.31205/PA.336.01

Zusammenfassung

Die Zusammensetzung der politischen Eliten in Polen ist seit 1989 ein wiederkehrendes Thema in der öffentlichen Debatte. Insbesondere von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) werden die Fragen nach weiter bestehendem Einfluss der politischen Eliten der Volksrepublik (»Elitenkontinuität«), dem Bedarf nach weitergehender »Lustration« und einem Staatsumbau hin zu einer »Vierten Republik« aufgeworfen. Mit einem neu erstellten Datensatz über politische Eliten im Zeitraum 1989–2020 bringt dieser Artikel empirische Substanz in die Debatte und ordnet die Ergebnisse im Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern ein. Polen weist einen starken Elitenwandel trotz zunächst vergleichsweise hoher personeller Kontinuitäten aus der Volksrepublik auf. Im Laufe der Zeit geht insbesondere der Anteil von Unterstützer*innen des sozialistischen Regimes stark zurück. Trotz der hohen Volatilität bleiben Merkmale wie das Durchschnittsalter, der berufliche Hintergrund und der männliche Anteil an den politischen Eliten im gesamten Zeitraum vergleichsweise konstant. Die drei PiS-Regierungen (2005–2007; 2015–2019; 2019–2023) bewirkten entgegen ihrer Rhetorik nur eine geringe Veränderung in der Charakteristik der Amtsträger*innen.

Was sind Kennzeichen einer gelungenen Transformation? Welches Personal ist geeignet und gilt nicht als vorbelastet für politische Ämter im neuen Staat? Über diese Fragen wird in Polen seit dem Ende der Volksrepublik immer wieder und äußerst intensiv debattiert und sie sind auch Gegenstand von Elitenstudien. In Elitenstudien werden die Kontinuitäten und Umbrüche in den politischen Eliten eines Landes wissenschaftlich untersucht. Zu dieser Gruppe zählt ein großer Personenkreis, der an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt ist und über die erste Reihe von prominenten Politiker*innen hinausgeht. Hierunter fallen beispielsweise Parlamente und Regierungen auf nationaler und lokaler Ebene, Gerichte, staatliche Unternehmen, die Zentralbank und der öffentliche Rundfunk. Polen ist ein interessanter Fall für eine Elitenstudie, da hier 1989 aufgrund des verhandelten Regierungswechsels kein umfassender Elitenwechsel stattfand. Die Ablösung des sozialistischen Regimes begann im Februar 1989 mit den Gesprächen am Runden Tisch zwischen führenden Vertretern der sozialistischen Regierung, der katholischen Kirche und der demokratischen Opposition. Wenige Monate später gewann die Opposition unter Führung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność bei den ersten teilweise freien Wahlen die Mehrheit der frei vergebenen Sitze. Ein umfassender Elitenwechsel fand aufgrund des verhandelten Regimewechsels zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht statt. General Wojciech Jaruzelski, der ehemalige Parteivorsitzende der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR), wurde zum Staatspräsidenten (1989/90) gewählt und

die PZPR-Nachfolgerin Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stellte in den folgenden Jahrzehnten zweimal die Regierung. Das Ende der Volksrepublik Polen rief daher zwangsläufig Fragen zu Identität und Selbstverständnis in Abgrenzung zum Sozialismus sowie zur Interpretation der jüngsten Vergangenheit hervor. Als ein zentraler Aspekt wird seit Beginn der wirtschaftlichen und politischen Transformation 1989 über mögliche Kontinuitäten von Eliten aus der Zeit der Volksrepublik diskutiert.

Kennzeichnend sind hier Regierungswechsel zwischen postkommunistischen Parteien einerseits und Gruppierungen aus dem Lager der Solidarność andererseits sowie wiederkehrende Anschuldigungen gegenüber öffentlichen Personen, mit den Geheimdiensten der Volksrepublik zusammengearbeitet zu haben. Ein prominentes Beispiel ist der ehemalige Solidarność-Vorsitzende und Präsident Polens (1990–1995) Lech Wałęsa, dem mehrfach mit unterschiedlichen Beweisen, zuletzt 2017 vom staatlichen Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), die Bespitzelung von Arbeitern und Solidarność-Mitgliedern in Danzig (Gdańsk) öffentlich unterstellt wurde. Wałęsa bestreitet dies und erhält hierfür vielfältige Unterstützung. Mit den Vorwürfen versuchten seine Kritiker, sehr prominent die ehemaligen Solidarność-Mitglieder und späteren PiS-Politiker Lech und Jarosław Kaczyński, nicht nur seine Person und seine Errungenschaften zu diskreditieren, sondern die Legitimität der gesamten Elite und ihrer Politik in Polen seit 1989 (»Dritte Polnische Republik«) in Frage zu stellen. In dieser Debatte nimmt die PiS, ähn-

lich wie auch Rechtspopulisten in Ungarn, eine führende Rolle ein und greift das Thema eines kontinuierlichen Einflusses der einstigen Nomenklatura der Volksrepublik regelmäßig auf. Aufgrund der schrittweise ausgehandelten Transformation kann die Idee von bis heute während den Kontinuitäten der ehemaligen Unterstützer*innen des sozialistischen Regimes leicht Anklang finden.

Eine Vierte Republik?

Eine Hochphase der Debatte über Elitenkontinuitäten aus der Volksrepublik ist der Wahlkampf vor den Parlamentswahlen 2005, aus denen die Partei PiS als Siegerin hervorging und anschließend erstmals die Regierung stellte. In ihrem Wahlprogramm forderte die rechtspopulistische Partei die Errichtung einer neuen, Vierten Republik. Unter diesem Begriff werden an erster Stelle die Überprüfung auf geheimdienstliche Tätigkeiten, »Lustration«, und die »Dekommunisierung« der Eliten des Landes verstanden. Konkrete Maßnahmen sind die Auskunftspflicht für einen weit gefassten Kreis von Amtsträger*innen im öffentlichen Sektor zu eventuellen Tätigkeiten für die Geheimdienste der Volksrepublik. Hintergrund dieser Forderung war und ist, dass die Lustration erstmals erst Mitte der 1990er Jahre gesetzlich geregelt wurde. Vorher und hinterher sorgten vereinzelte Veröffentlichungen von Listen ehemaliger (inoffizieller) Mitarbeiter der Geheimdienste für wiederkehrende Diskussionen, z. B. veröffentlichte der Journalist Bronisław Wildstein 2005 die Namen von mehr als 240.000 Personen aus Beständen des IPN, die für den Geheimdienst tätig gewesen sein sollten. Auf der Liste waren jedoch auch Bürger*innen, die vom Geheimdienst der Volksrepublik für eine Zusammenarbeit angeworben worden waren, diese jedoch verweigert hatten. Diese öffentlichen Verurteilungen von teilweise unschuldigen Personen sorgten dafür, dass das polnische Verfassungsgericht zwar die Lustration grundsätzlich befürwortete, jedoch mehrfach die Rechte der Beschuldigten stärkte, z. B. sollten sie ebenfalls Einblick in ihre Akten erhalten.

Der Bedarf an umfassender Lustration wurde 2005 auch von der Partei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) unterstützt. Die PiS verbindet mit der Vierten Republik jedoch noch weitere Schritte und dachte laut über ein Verbot der PZPR-Nachfolgepartei SLD nach. Zudem setzt die Partei die Lustration mit der Korruptionsbekämpfung in Zusammenhang, da sich Bestechlichkeit durch Kontinuitäten von Eliten und Unterstützer*innen leicht habe ausbreiten können. Darüber hinaus werden die Festigung patriotischer und christlicher Werte sowie die Stärkung polnischer Interessen, insbesondere gegenüber Deutschland, als Ziele einer Vierten Republik im damaligen Parteiprogramm genannt. Die Forderungen nach einem Elitenwechsel werden zum Teil bis heute von der Partei wiederholt.

In Teilen, wie zuletzt im Oktober 2024 vom Parteivor-sitzenden Jarosław Kaczyński, wird von der PiS direkt die Ausformulierung einer neuen Verfassung gefordert. Vor wichtigen Wahlen und im Bemühen, um weniger extreme Wählergruppen zu werben, werden die Ambitionen für eine Vierte Republik jedoch teilweise zurückgenommen und z. B. Forderungen nach einer neuen Verfassung wieder von der Homepage der Partei entfernt.

Erste langfristige Untersuchung von Elitenkontinuitäten in Polen

Ziel dieses Artikels ist es, die Rhetorik der PiS beim Thema Elitenkontinuitäten mithilfe eines neu erstellten Datensatzes einer empirischen Überprüfung zu unterziehen und damit die Grundlage der Forderungen der PiS nach einer Vierten Republik einzuordnen. Dazu wird ein gesamter Überblick über die politische Elite in Polen nach 1989 gegeben und werden einzelne Aspekte mit Blick auf einen Einfluss der drei PiS-Regierungen untersucht. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Zusammensetzung des Sejm, des polnischen Parlaments, da infolge regelmäßig stattfindender Wahlen hier ein schnellerer Elitenwechsel vermutet wird.

Der an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen erstellte Datensatz erfasst soziodemographische Daten von politischen Eliten in Polen zwischen 1990 und 2020 (in Fünfjahresschritten) und deren Rolle in der Volksrepublik. Die Datensammlung fokussiert sich auf Ämter und Positionen, die durch staatlich organisierte Auswahlprozesse, einschließlich Wahlen, vergeben werden, und umfasst Amtsträger*innen aus den Bereichen Legislative, Judikative, Exekutive auf nationaler und kommunaler Ebene, politische Parteien sowie weitere Institutionen wie Universitäten, öffentlich-rechtliche Medien und staatlich kontrollierte Unternehmen. Nach der oben ausgeführten Lustrationsdebatte sind in Polen heute Informationen über Einzelpersonen und ihre Rolle in der Zeit des Sozialismus im Informationssystem des IPN (»Biuletyn Informacji Publicznej«) öffentlich einsehbar. In anderen Ländern, in denen z. T. keine Aufarbeitung von Geheimdiensttätigkeiten stattfand, waren die Informationen deutlich schwieriger zu erlangen. Dies zeigt bereits, wie gewinnbringend ein Vergleich zwischen verschiedenen postsozialistischen Ländern sein kann, um Kontinuitäten aus der Zeit des Sozialismus über den Systemwechsel hinaus zu verstehen. Daher wurden ebenfalls Daten für die Länder Ungarn, Tschechien, Russland, Ukraine und die fünf ostdeutschen Bundesländer, die die DDR bildeten, zusammengestellt. Einzelne Aspekte können so für eine Einordnung der polnischen politischen Eliten verglichen werden. Der gesamte Datensatz erfasst 2.141 verschiedene Amtsinhaber*innen und umfasst insgesamt 3.280 Positionen für alle Referenzjahre. Eine detaillierte Beschreibung findet sich unter dem angegebenen Link zum Datensatz am Ende des Textes.

Die bisherige Forschung zu diesem Thema deckt überwiegend nur den Zeitraum bis Mitte der 2000er Jahre ab. In Studien aus den 1990er Jahren sehen Wissenschaftler*innen keine starke Abgrenzung zwischen den ehemaligen Unterstützer*innen des einstigen Regimes bzw. der Opposition, wobei sich einige Amtsträger*innen sogar zwischen den beiden Lagern hin- und herbewegen. Die damaligen Autor*innen, vorrangig Jacek Wasilewski und Jacek Raciborski, analysieren sehr breit gefasste Stichproben aus Politik, Verwaltung und staatlichen sowie privaten Unternehmen. Sie erklären die geringe Bedeutung der sozialistischen Vergangenheit einzelner Personen mit der überragenden Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Fragen im ersten Jahrzehnt der Transformation. Angesichts der heutigen Polarisierung der polnischen Gesellschaft entlang historischer und kultureller Werte sowie der Gründungsrhetorik der PiS im Jahr 2001, die materielle Gewinner und Verlierer der Transformation einander gegenüberstellt und Elitenkontinuitäten aus dem Sozialismus unterstellt, erscheint die damalige Einschätzung kaum vorstellbar.

Die Analyse des neu generierten Datensatzes zeigt für die Volksrepublik Polen unterschiedlich starke Kontinuitäten der regimetreuen bzw. oppositionellen Eliten. In Polen gibt es anfangs einen hohen Anteil ehemaliger Unterstützer*innen des Regimes, der sich jedoch schnell dem Anteil bei den ostmitteleuropäischen Nachbarn Ungarn und Tschechien angleicht. Grafik 1 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, dass der Prozentsatz von anfangs 42,11 Prozent kontinuierlich sinkt und im Jahr 2020 zusammen mit der ehemaligen DDR den geringsten Wert (3,28 Prozent) erreicht. Im Vergleich weisen Russland und die Ukraine mit fast 90 Prozent in den 1990er Jahren deutlich höhere Werte auf. Hier fand ein Wechsel hin zu den sozialistischen Eliten aus der zweiten Reihe statt, während in Ostmitteleuropa sozialistische Eliten aufgrund ihres Alters bald keine Positionen mehr innehatten. Zudem sank ihr Anteil hier auch dadurch, dass Akteure der Oppositionsbewegungen nun Ämter übernahmen. Tabelle 1 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, dass auf diese Weise bis zum Jahr 2000 deutlich mehr als 60 Prozent der politischen Eliten in Polen bereits in der Volksrepublik eine aktive Rolle in Regierung oder Opposition eingenommen hatten. Es wird außerdem deutlich, wie sich insbesondere in den 1990er Jahren die Anteile ehemaliger Regimeunterstützer*innen und Oppositioneller der Volksrepublik entsprechend der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungsparteien verändern. Während 1995 unter der SLD-Regierung von Józef Oleksy 37 Prozent der Eliten vor dem Systemwechsel eine aktive Rolle im sozialistischen Regime hatten und 26 Prozent der Opposition angehörten, drehen sich die Zahlen fünf Jahre später. Unter Ministerpräsident Jerzy Buzek vom Wahlbünd-

nis *Solidarność* (Akcja Wyborcza *Solidarność*) stammten 14,82 Prozent aus der ehemaligen Nomenklatura und 51,85 Prozent aus dem einstigen Oppositionslager. Im Vergleich zu den anderen Ländern nimmt die polnische Opposition eine besonders große Rolle ein. Grafik 2 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, wie bedeutend die in der Volksrepublik Polen etablierten Strukturen der *Solidarność* für die Zusammensetzung der postsozialistischen Eliten waren. Polen weist ab dem Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 den höchsten Wert an ehemaligen Unterstützer*innen der Opposition (27,87 Prozent) in den Eliten auf. Zuvor hat nur Ungarn höhere Werte, während in Russland, der Ukraine und auch Tschechien die Werte deutlich geringer sind.

Vor dem Hintergrund der starken Polarisierung der Gesellschaft entlang der Parteilinien von PO und PiS ist die geringe Bedeutung der Parteimitgliedschaft in Polen besonders interessant. Im Jahr 1990 beträgt der Anteil parteiloser Eliten 39 Prozent, er steigt bis 2010 auf 48 Prozent, um dann 2020 auf 43 Prozent zu sinken. Die Volatilität des Parteiensystems und der relativ geringe Einsatz von Ressourcen bei der Parteienentwicklung bewirken, dass der Organisationsgrad der Parteien niedrig ist. Zudem war auch schon zur Zeit der Volksrepublik die Parteimitgliedschaft für die Rekrutierung von Eliten kein so gewichtiges Kriterium wie in anderen sozialistischen Staaten, bspw. der DDR. Folgerichtig gehören jeder erfassten Regierung im Untersuchungszeitraum auch verschiedene Minister*innen ohne Parteibuch an. Darüber hinaus zählen zu dieser Gruppe Bürgermeister*innen, Geschäftsführer*innen von staatlichen Unternehmen und Vorsitzende von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden.

Der Einfluss der PiS auf die Zusammensetzung politischer Eliten

Die Analyse zeigt einen kontinuierlichen Rückgang der Eliten des sozialistischen Regimes. Personelle Kontinuitäten als Grund für eine erneute Transformation hin zu einer Vierten Republik – wie die PiS argumentiert – sind also nicht gegeben. Darüber hinaus ist jedoch zu fragen, welchen Einfluss die drei PiS-geführten Regierungen auf die Zusammensetzung der politischen Eliten hatten. Als größte Partei in der jeweiligen Regierungskoalition hatte die PiS die Möglichkeit, vermeintliche Kontinuitäten zu beenden und eigenes Personal einzusetzen. Wie veränderten sich also die politischen Eliten in den Referenzjahren 2006, 2016 und 2020? Zu diesen Zeitpunkten waren die PiS-geführten Regierungen jeweils mehr als ein halbes Jahr im Amt.

Zwei wesentliche Änderungen lassen sich im Zusammenhang mit den PiS-Regierungen im Datensatz feststellen. Zunächst sinkt im Jahr 2006 der Anteil der ehemaligen Oppositionellen an den erfassten Amtsträger*innen deutlich von 51,85 Prozent (2000) auf 31,03 Prozent, wäh-

rend der Anteil der ehemaligen Regimeanhänger stabil bleibt (siehe Tabelle 1, Rubrik »Statistik«). In der Zusammensetzung des polnischen Parlaments zeigt sich wiederum ein anderes Bild, da der Ausgang der Parlamentswahlen den Anteil der einst regimetreuen bzw. oppositionellen Eliten im Sejm direkt beeinflusst. Hier sinkt der Anteil der ehemaligen Regimeanhänger um mehr als 50 Prozent, während der der Oppositionellen stabil auf einem niedrigeren Niveau bleibt. Ein Grund dafür ist, dass vor allem der Einzug der PiS als neue Partei in das Parlament Abgeordnete mit sich bringt, die zum ersten Mal überhaupt gewählt wurden. Nach den Wahlen 2015 und 2020 gibt es in der Gesamtstichprobe deutliche Rückgänge bei Angehörigen der ehemaligen Nomenklatura, während der Anteil der ehemaligen Oppositionellen zunächst leicht steigt und dann um einen ähnlichen Prozentsatz sinkt. Die Abnahme des Anteils der beiden Gruppen aus der Zeit der Volksrepublik kann allerdings nicht komplett vom Rückgang der betreffenden Gruppen aus Alters- und Renteneintrittsgründen differenziert werden. Es wird jedoch deutlich, dass die PiS neben der neuen Generation vor allem aus der ehemaligen Opposition rekrutiert.

Eine zweite Beobachtung im Kontext der PiS-Regierungen wird in Grafik 3 (siehe Rubrik »Statistik«) deutlich, die den Anteil derer zeigt, die wiederholt ein Amt innehaben. Dieser Anteil liegt nach 1995 bis zu den Wahlen 2015 zwischen 10 Prozent und 20 Prozent und steigt 2020 auf 37 Prozent. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ungarn nach 2010 erkennbar. Die Werte deuten darauf hin, dass mit dem Beginn des Rückbaus der Rechtsstaatlichkeit durch rechtspopulistische Parteien mehr Amtsinhaber*innen ihre Positionen behalten. Aufgrund der ausgewählten Referenzjahre kann das Ergebnis nicht mit der achtjährigen PO-Regierung verglichen werden. Jedoch liegt der Wert für Tschechien, Ungarn und Ostdeutschland häufig unter den Werten für Polen und Ungarn nach der Regierungsübernahme durch die PiS bzw. Fidesz. Im Parlament zeigt sich eine ähnliche Volatilität unter den Abgeordneten. Tabelle 2 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, dass von den 76 Abgeordneten des Sejm aus der Gesamtstichprobe im gesamten Zeitraum (1990–2020) 62 Personen erstmalig ein Abgeordnetenmandat erhalten. Nur neun Personen blieben auch im folgenden Referenzjahr Teil des Sejm. Ein starker Einfluss der PiS ist hier jedoch nicht festzustellen.

Mittelalte Männer

Neben den ehemaligen aktiven Mitgliedern von Opposition und Regime kommen im Sample naturgemäß auch verstärkt jüngere Generationen vor, die nach 1989 erstmalig Ämter übernehmen. Sie haben 1990 einen Anteil von unter 30 Prozent und ab 2005 von über 50 Prozent (siehe Tabelle 1, Rubrik »Statistik«). Trotz dieses Wandels bleiben die soziodemographischen Merkmale der Eliten sehr stabil.

Grafik 4 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt ein annähernd gleiches Alter der Eliten in allen untersuchten Ländern mit ähnlich steigender Tendenz. Polen weist 1990 mit 53 Jahren den relativ höchsten Wert auf, vermutlich aufgrund des hohen Anteils ehemaliger regimetreuer Eliten aus der ersten Reihe. Der Wert sinkt dann auf 51 Jahre und steigt bis 2020 auf 56 Jahre. Dieser Wandel unterstreicht den langsamen Aufstieg von jüngeren Generationen, die vor 1989 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und das altersbedingte Ausscheiden älterer Kohorten mit aktiver Rolle im sozialistischen System. Tabelle 3 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, dass das Durchschnittsalter im Sejm fast durchgehend unter demjenigen der Gesamtstichprobe liegt, 1990 und 2006 beträgt der Unterschied sogar fünf Jahre. Die Teilstichprobe für das Parlament zeigt hier wieder einen schnelleren Wandel als die gesamte Stichprobe. Außerdem wird hier erneut ein Effekt der ersten PiS-Regierung deutlich. Vom Referenzjahr 2000 zum Referenzjahr 2006 verringert sich das Durchschnittsalter im Parlament um fünf Jahre, während die Gesamtstichprobe stabil bleibt (50 Jahre). Dieser Trend ist vor allem mit den neuen Abgeordneten der PiS zu erklären. Er kehrt sich jedoch 2010 bereits wieder um: Das Alter im Sejm steigt um neun Jahre auf 54 Jahre, da in der Legislaturperiode 2007–2011 weniger neue Parteien und weniger erstmalig gewählte Abgeordnete ins Parlament einziehen. Weiter zeigt Tabelle 3 (siehe Rubrik »Statistik«), dass nach 2005 ein auf das Parlament begrenzter Elitenwandel stattgefunden zu haben scheint, 2016 und 2020 aber keine Änderungen festzustellen sind.

Die Entwicklung des Frauenanteils der politischen Eliten verläuft in den meisten untersuchten Ländern ähnlich und verweist trotz Steigerung auf eine Unterrepräsentation von Frauen in höheren Positionen. In allen Ländern trug die Sozialisierung im sozialistischen System mit der einhergehenden Aktivierung von Frauen für den Arbeitsmarkt und für rangniedrige Elitenpositionen vermutlich zu einer langfristig höheren Beteiligung bei, beispielsweise im Vergleich zum Frauenanteil der nach 1990 in Ostdeutschland eingesetzten westdeutschen Elite. Die fünf ostdeutschen Bundesländer weisen deutlich höhere Werte als die übrigen Länder auf, gefolgt von Polen ab dem Jahr 2006. Grafik 5 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt, dass der Frauenanteil in Ostdeutschland von 11 Prozent auf 34 Prozent steigt und sich im gleichen Zeitraum in Polen von 4 Prozent auf 17 Prozent bewegt. Ein Grund für die unterschiedlichen Niveaus ist, dass es in der DDR eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen auf dem Arbeitsmarkt gab als in der Volksrepublik. Direkt nach Beginn des Systemwechsels sank der Frauenanteil jedoch zunächst gegenüber den letzten Parlamenten in der DDR und der Volksrepublik, unter anderem aufgrund von neuen Rekrutierungsmus-

tern, fehlender feministischer Interessenvertretung und einer Abwendung von der vormaligen (rein oberflächlichen) Integration von Frauen in die Parlamente der sozialistischen Staaten. Zudem gefährdete der Rückbau von sozialstaatlichen Einrichtungen, etwa Kinderbetreuung, die Arbeitsplätze von Frauen deutlich stärker und der Einfluss der katholischen Kirche in Polen verstärkte Geschlechter- und Rollenstereotype. Entsprechend gibt es in der Stichprobe für das Jahr 1990 unter 63 Amtsträger*innen nur zwei Frauen, die Vorsitzende von parlamentarischen Ausschüssen waren. Freiwillige Selbstverpflichtungen und gesetzliche Quoten in Parlamenten und Parteien förderten den Frauenanteil insbesondere in diesen Bereichen in den folgenden Jahrzehnten. Entsprechend hatten in Polen in der gesamten Periode mindestens die Hälfte der Frauen in der Stichprobe eine Position in der Regierung oder im Sejm inne. In anderen hohen Positionen waren sie deutlich weniger repräsentiert.

Welche Berufe und Abschlüsse haben die heutigen Eliten in Polen? Im gesamten Datensatz erreichen die Berufsgruppen Ingenieur*innen, Jurist*innen, Betriebs- und Finanzverwalter*innen sowie Wissenschaftler*innen jeweils mehr als 10 Prozent für jedes Land in jedem Referenzjahr. Im Falle Polens machen sie mehr als 60 Prozent der Stichprobe aus. Ein Zusammenhang zwischen bestimmten Regierungsparteien und Berufsgruppen lässt sich nicht feststellen. Gleiches gilt für den Sejm. Hier steigt allgemein der Anteil der Hochschulabsolvent*innen und die Anzahl der Abgeordneten mit sekundärer Bildung ohne akademischen Abschluss geht zurück.

Bemerkenswert ist, dass in Polen keine Abwertung von im sozialistischen Bildungssystem erworbenen Abschlüssen in den Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften stattfand, wie es in Ostdeutschland mit dem einsetzenden Elitentransfer aus Westdeutschland der Fall war. Entsprechend liegt in Polen der Anteil der Jurist*innen mit einem Studienabschluss aus der Zeit der Volksrepublik in der Stichprobe stabil bei 15 Prozent, während in den ostdeutschen Bundesländern deutlich Absolvent*innen der Natur- und Ingenieurwissenschaften dominieren.

Grafik 6 (siehe Rubrik »Statistik«) zeigt den Anteil von Personen der politischen Elite, die nach einer Promotion weiter an einer Universität beschäftigt waren. Die Werte gingen in allen untersuchten Ländern zurück. 1990 hat Polen den zweithöchsten Wert (47 Prozent) nach Russland (52 Prozent) und 2020 den höchsten Wert (32 Prozent).

Diese Publikation und die zugrundeliegende Elitenstudie ist an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen im Rahmen des Forschungsprojekts »Modernisierungsblockaden in Wirtschaft und Wissenschaft der DDR« (Mod-Block-DDR) / Teilprojekt 7 entstanden, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.

Über die Autorin

Mareike zum Felde ist Doktorandin der Politikwissenschaft an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Zuvor schloss sie den Elitestudiengang Osteuropastudien mit dem Schwerpunkt Vergleich politischer Sys-

Der stärkste Rückgang findet zwischen 2000 und 2006 statt. Im Sejm zeigt sich insgesamt ein ähnliches Muster. Personen mit Arbeitserfahrung in der Wissenschaft sind nicht einer bestimmten Regierung oder Partei zuzuordnen. Der sinkende Anteil in den Eliten könnte jedoch mit dem Rückgang von bereits im sozialistischen System tätigen Personen unter den Eliten in Verbindung stehen.

Fazit

Diese Analyse beleuchtet mithilfe eines neu erstellten Datensatzes die Charakteristika der politischen Eliten Polens für den Zeitraum 1990–2020. Die Daten zeigen eine hohe Volatilität innerhalb der Eliten und einen eindeutigen Rückgang von Personen mit aktiver Rolle im sozialistischen System. Ein besonderer Fokus auf den Sejm veranschaulicht frühere und zum Teil gegenläufige Veränderungen. Der Vergleich mit anderen postsozialistischen Ländern unterstreicht die besondere Bedeutung der *Solidarność* als große Rekrutierungsressource für Amtsträger*innen und einen starken Wechsel zwischen ehemaligen Unterstützer*innen des Regimes und der Opposition unter verschiedenen Regierungen. Elitenkontinuitäten aus dem Kreis der Unterstützer*innen des sozialistischen Regimes bis zum heutigen Tage gibt es nicht, auch wenn Polen im ostmitteleuropäischen Vergleich hier die höchsten Anteile aufweist.

Den Forderungen der PiS nach einem Staatsumbau hin zu einer Vierten Republik aufgrund von Kontinuitäten der Nomenklatura fehlt nach dieser Studie die empirische Grundlage. Zudem haben die drei von der PiS geführten Regierungen nur geringe Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Eliten. Die Prioritäten der Personalpolitik der Partei liegen vermutlich zum Teil außerhalb der Stichprobe (z. B. in der Kulturpolitik, wie die Absetzung der Leitung des Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig nach dem Regierungsantritt der PiS 2015 zeigt). Die Ergebnisse zeigen des Weiteren den Unterschied zwischen der Rhetorik einer rechtspopulistischen Partei, der Realität und ihrer tatsächlich umgesetzten Politik. Die Studie regt auch zur Reflexion über Implikationen von rechtspopulistischen Parteien an: Trotz des stetigen Wandels unter den untersuchten Amtsinhaber*innen finden Verschärfungen des politischen Diskurses erst mit dem Einzug erster rechtspopulistischer Parteien in den Sejm und der Herausbildung des PO-PiS-Duopols statt.

teme an der Ludwig-Maximilians-Universität München ab. Zu ihren Forschungsinteressen gehören das Deutsch-Polnische Schulbuch, die wirtschaftlichen und politischen Eliten im postsozialistischen Polen, die Entwicklung des polnischen Parteiensystems und des Sejm sowie die Hochschulpolitik im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Transformation.

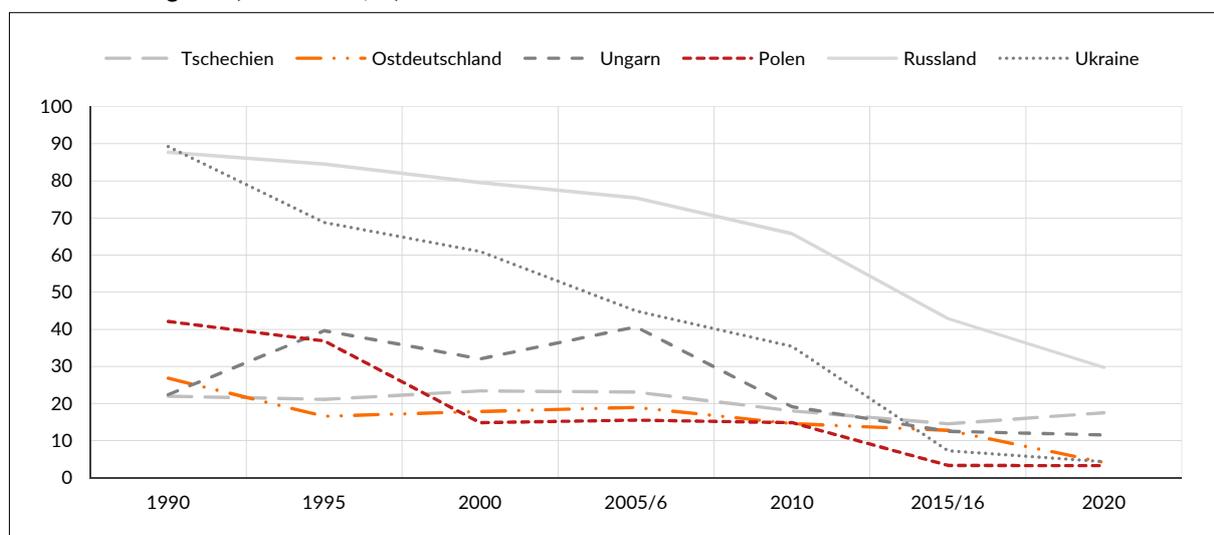
Bibliographie

- Wasilewski, Jacek; Betkiewicz, Witold (2014): The Polish Diet Since 1989. From Fragmentation to Consolidation. In Elena Semenova, Michael Edinger und Heinrich Best (Hg.): Parliamentary Elites in Central and Eastern Europe: Recruitment and Representation, S. 74–95. Routledge research on social and political elites. Routledge, London.
- Chorna, Oksana; Cordes, Charlotta; zum Felde, Mareike; Jahn, Friederike; Kňapová, Kateřina; Kovarek, Daniel; Paustyán, Ekaterina; Pleines, Heiko; Rochlitz, Michael; Somfalvy, Esther; Swierzy, David (2023): Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe, v. 1.1. Verfügbar auf Discuss Data. <https://doi.org/10.48320/F0A8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>
- Raciborski, Jacek (Hg.): Elity rządowe III RP 1997-2004: Portret socjologiczny. 2006. „Trio”, Warschau.
- Cordes, Charlotta; Mareike zum Felde; Heiko Pleines (2024): “The Question of Legacies: Socialist Elites in Post-Socialist Transformations—East Germany’s Elites from a Comparative Perspective (1990–2020).” In: Jutta Günther, Dagmara Jajeśniak-Quast, Udo Ludwig, and Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Roadblocks to the Socialist Modernization Path and Transition: Evidence from East Germany and Poland, S. 227–53. Studies in Economic Transition. Springer Nature, Cham.

STATISTIK

Politische Eliten in Polen und ausgewählten Ländern: soziodemographische Daten

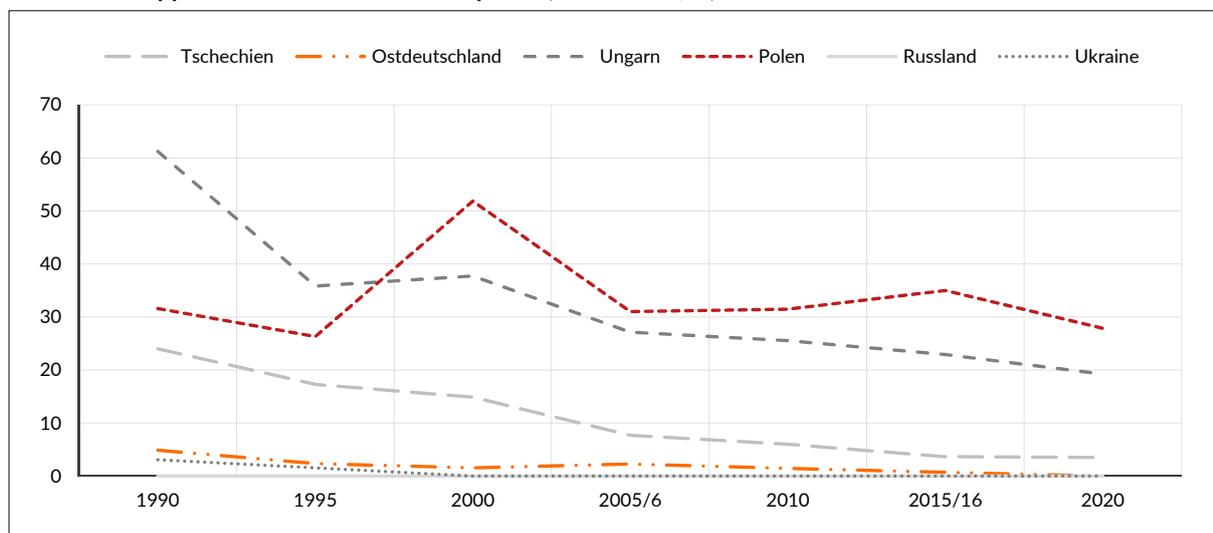
Grafik 1: Politische Eliten ausgewählter Länder: Anteil ehemaliger Unterstützer*innen des sozialistischen Regimes (1990–2020, %)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe, v. 1.1. Verfügbar auf Discuss Data. <https://doi.org/10.48320/F0A8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

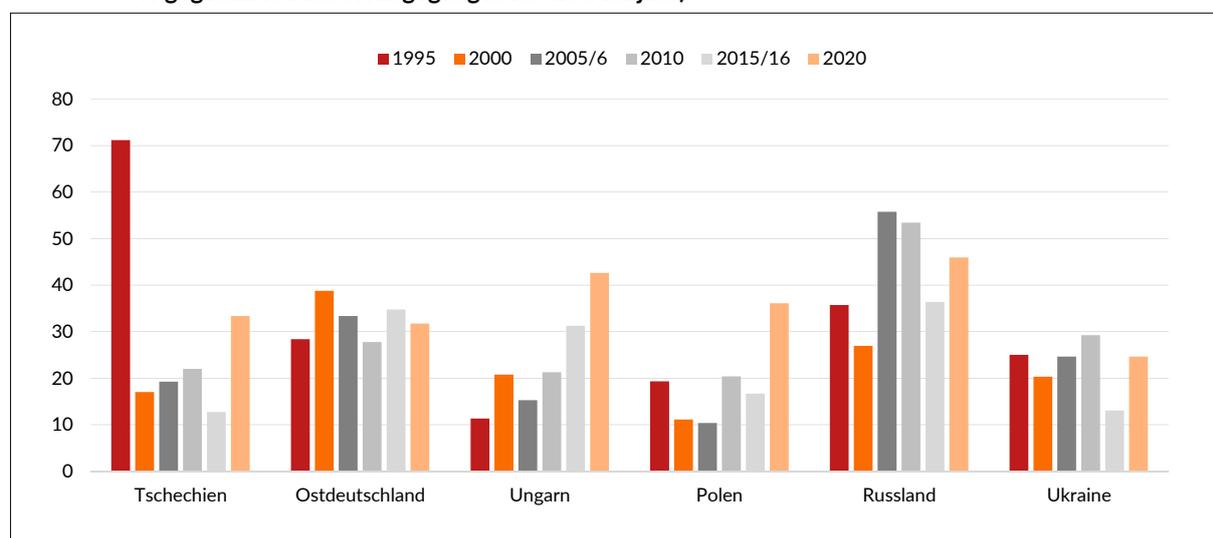
Grafik 2: Politische Eliten ausgewählter Länder: Anteil ehemaliger Unterstützer*innen der demokratischen Opposition im sozialistischen System (1990–2020, %)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

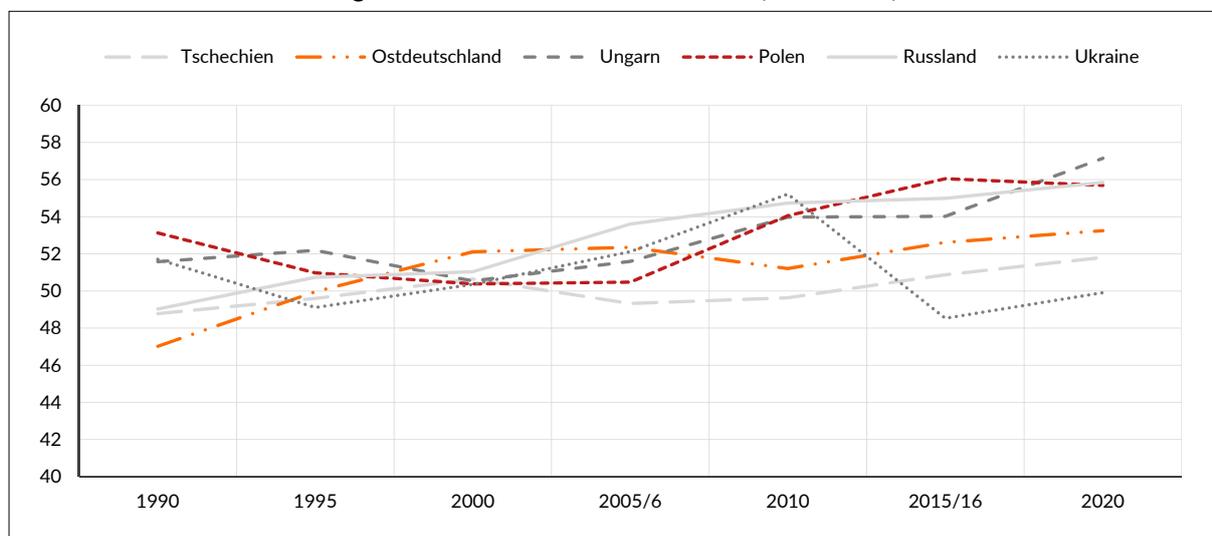
Grafik 3: Politische Eliten ausgewählter Länder: Amtsträger*innen, die mehr als ein Mal ein Amt innehaben (in % gegenüber dem vorangegangenen Referenzjahr)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

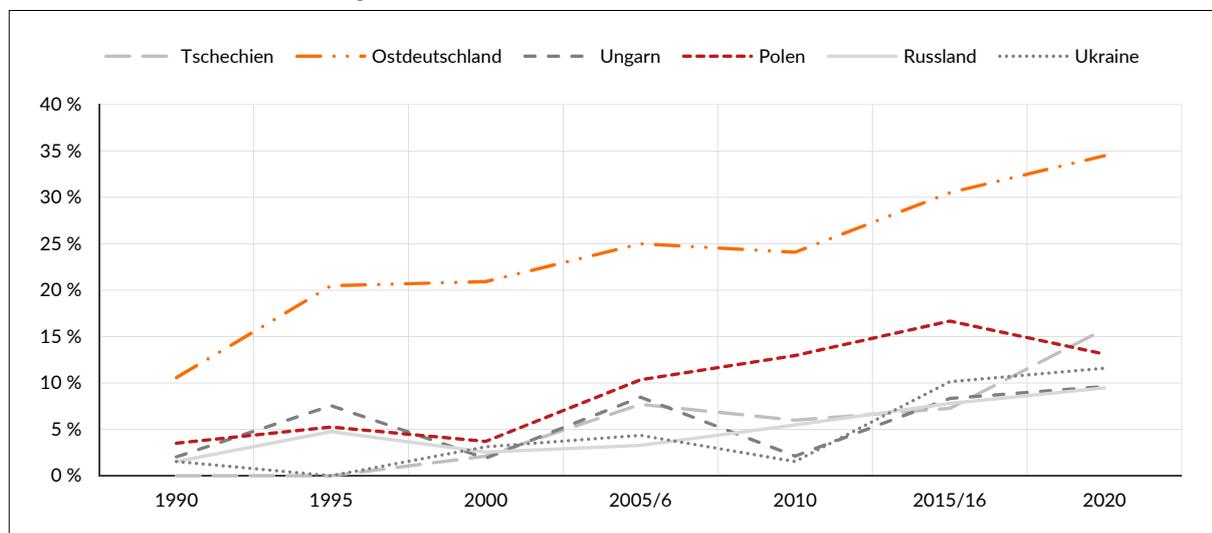
Grafik 4: Politische Eliten ausgewählter Länder: Durchschnittsalter (1990–2020)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf Discuss Data. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

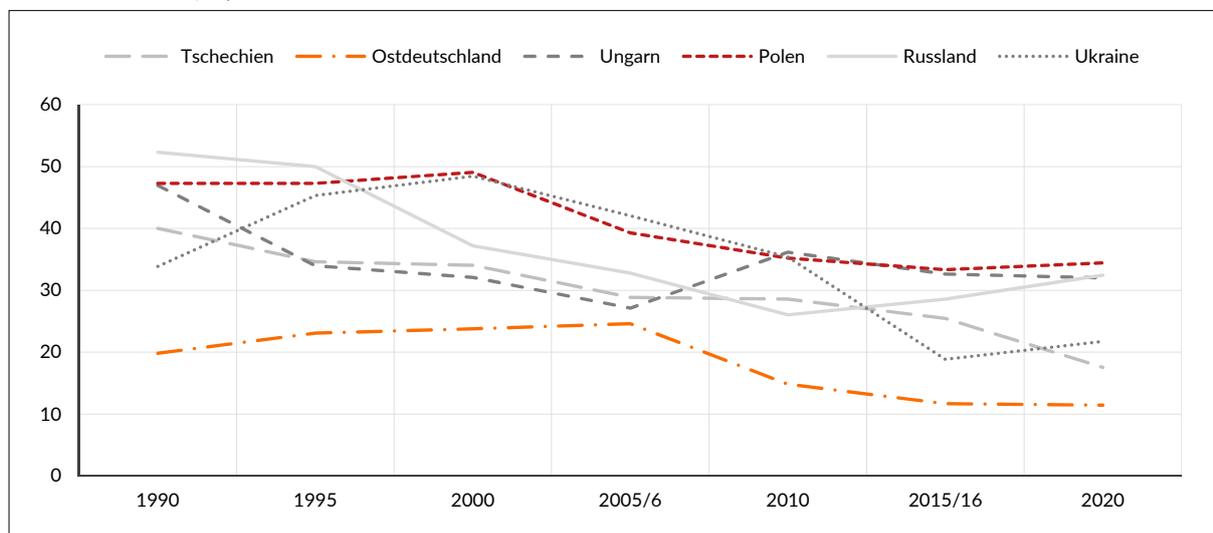
Grafik 5: Politische Eliten ausgewählter Länder: Frauenanteil (1990–2020, %)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf Discuss Data. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

Grafik 6: Politische Eliten ausgewählter Länder: Anteil mit Arbeitserfahrung im akademischen Bereich (1990–2020, %)



Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

Tabelle 1: Die politischen Eliten in Polen 1990–2020: Unterstützer*innen des Regimes und der Opposition in der Volksrepublik Polen sowie Personen, die nach 1989 erstmalig Ämter übernahmen (»Neue Generationen«) (1990–2020, %)

	1990	1995	2000	2006	2010	2016	2020
Ehemalige Unterstützer*innen des Regimes der Volksrepublik Polen	42,11	36,84	14,82	15,52	14,82	3,33	3,28
Ehemalige Unterstützer*innen der demokratischen Opposition in der Volksrepublik Polen	31,58	26,31	51,85	31,03	31,47	34,99	27,87
Gesamtanteil von Personen mit aktiver politischer Rolle in der Volksrepublik Polen	73,69	63,15	66,67	46,55	46,29	38,32	31,15
»Neue Generationen«	26,31	36,85	33,33	53,45	53,71	61,68	68,85

Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/FOA8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

Tabelle 2: Erstmalig gewählte und wiedergewählte Abgeordnete im polnischen Parlament (1990–2020)

Jahr	Anzahl Abgeordnete aus Stichprobe	Erstmaliges Abgeordnetenmandat	Anteil von wiedergewählten Abgeordneten im folgenden Referenzjahr
1990	11	9	4
1995	10	6	0
2000	11	11	0
2006	12	10	0
2010	11	10	2
2016	10	8	3
2020	11	8	-
Insgesamt	76	62	9

Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/F0A8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

Tabelle 3: Durchschnittsalter der politischen Eliten Polens in der Gesamtstichprobe und der Teilstichprobe aus dem polnischen Parlament im Vergleich

	1990	1995	2000	2006	2010	2016	2020
Gesamtstichprobe	53	51	50	50	54	56	56
Teilstichprobe Sejm	48	50	49	45	54	55	55

Anm.: Im Datensatz wurden für Polen – abweichend von den allgemeinen Referenzjahren 2005 und 2016 – die Jahre 2006 und 2016 gewählt, um den Einfluss der PiS auf die Eliten zu erfassen.

Quelle: Chorna et al. (2023): *Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe*, v. 1.1. Verfügbar auf *Discuss Data*. <https://doi.org/10.48320/F0A8C6A1-7757-4587-9000-8063F33A0D8E>

CHRONIK

5. November – 18. November 2024

05.11.2024	Das Regierungskabinett beschließt einen Gesetzesentwurf zur erleichterten Gewährung von Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Hochwasser in Südwestpolen im September.
06.11.2024	In seiner Rede auf dem 12. Globalen Forum für Demokratie (Światowe Forum dla Demokracji) unterstreicht Justizminister Adam Bodnar die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Die Beteiligung der Bürger am öffentlichen Leben bestehe nicht nur im Monitoring des Regierungshandelns, sondern erstrecke sich auch auf die Ausgestaltung der Politik und des Rechtes. Eine der Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2025 werde die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft sein, und zwar die Einbindung der Bürger in den Gesetzgebungsprozess und eine größere Rechtssicherheit des EU-Bürgers bei grenzübergreifenden Angelegenheiten.
08.11.2024	Nach vorläufigen Angaben des Arbeitsministeriums betrug die Arbeitslosenquote im Oktober 5 Prozent (761.100 Personen), ebenso wie im Vormonat sowie im Vorjahreszeitraum. Der Wert ist der niedrigste seit dem Beginn der Messung im Jahr 1990.
09.11.2024	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt Gespräche mit dem Präsidenten Frankreichs, dem Premierminister von Großbritannien, dem NATO-Generalsekretär und den führenden Politikern der skandinavischen und baltischen Staaten an, um die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich Sicherheit zu koordinieren. Polen sei bereit, in der Region eine führende Rolle im Bereich der Sicherheit zu übernehmen. Hintergrund ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl Anfang der Woche, aus der der Republikaner Donald Trump als Sieger hervorging. Trump sagte im Wahlkampf, er werde als Präsident den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden. Tusk sagt, dass bald nach dem Amtsantritt Trumps im Januar diesbezüglich Vorschläge zu erwarten seien. Dabei müsse sicher sein, dass sie für die Ukraine akzeptabel seien. Über die Zukunft der Ukraine dürfe nicht ohne die Ukraine entschieden werden, so Tusk.
11.11.2024	Präsident Andrzej Duda teilt mit, dass er Donald Trump, Wahlsieger des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes, telefonisch gratuliert und mit ihm ein Treffen noch vor der Amtsvereidigung Trumps im Januar 2025 vereinbart habe. Eines der Themen bei dem Treffen werde die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen im ersten Halbjahr 2025 sein. Eine der Prioritäten während der Ratspräsidentschaft werde die Vertiefung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den USA sein.
11.11.2024	In Warschau finden die zentralen Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (1918) in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda, Regierungsvertretern und weiteren führenden Politikern statt. Am Marsch der Unabhängigkeit, der vom Verband »Marsch der Unabhängigkeit« seit 2011 organisiert wird, nahmen nach Angaben der Stadt ca. 90.000 Personen teil. Die Organisatoren schätzen die Anzahl auf ca. 250.000 Teilnehmende.
13.11.2024	Ministerpräsident Donald Tusk empfängt in Warschau den neu gewählten NATO-Generalsekretär Mark Rutte. Beide sprechen sich für die Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit als Fundament für Sicherheit und Entwicklung aus. Nach Überzeugung Tusks sollten die Länder an der NATO-Ostflanke bei den Lösungen zur Beendigung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine oder dem Einfrieren des Konflikts mitbeteiligt werden. Insbesondere die Ukraine müsse dabei unterstützt werden. Polen vertrete die Haltung »nichts, was die Ukraine betrifft, ohne die Ukraine«. Polen werde seine Ostgrenze weiter verstärken, um sie gegen Aggressoren und Überfälle zu sichern. Im kommenden Jahr wolle Polen 4,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben.
14.11.2024	Nach einer vorläufigen Schätzung des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg das Bruttoinlandsprodukt (unbereinigt) im 3. Quartal um 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.
15.11.2024	Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz und Krzysztof Gawkowski, Minister für Digitalisierung, unterzeichnen eine Absichtserklärung über die koordinierte Zusammenarbeit im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI). Dazu soll ein Beraterorgan gegründet werden, das Leitlinien für die sichere und ethische Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz ausarbeitet, Programme für Projekte entwickelt und die Entwicklung des KI-Marktes in Polen begleitet.
17.11.2024	Aufgrund massiver Luftangriffe Russlands auf die Ukraine, u. a. auf Gebiete im Westen des Landes, werden am frühen Morgen die Luftstreitkräfte in Polen in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Nach drei Stunden wird die Alarmstufe wieder auf das Standardmaß herabgesetzt.
18.11.2024	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) lehnt mit fünf Ja-Stimmen und vier Gegenstimmen den Finanzbericht von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für das Jahr 2023 ab und leitet die Angelegenheit an das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) weiter. Medienberichten zufolge soll die PiS Subventionen in Höhe von ca. 75 Millionen Zloty (ca. 17,4 Millionen Euro) verlieren.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2024 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>